

Kommunistische Manifest darstellt: der Proletarier hat kein Vaterland. Aber er will eines erwerben. Die organisierte Gesellschaft, in der er einmal leben wird, wird für ihn auch ein hohes materielles Gut sein. Der Proletarier hat wohl heute schon eine Nationalität. Aber sie ist für ihn wertlos, solange er ihrer nicht bewusst wird. Er wird ihrer bewusst, je mehr er geistige Kultur gewinnt. Wie Kunst und Wissenschaft, ist auch die Nationalität ein hohes Gut. Jede Erhebung des Proletariats muss ihn der Erkenntnis des Wertes dieser Güter näher bringen.

VIELLEICHT wird man mir sagen, dass ich mit diesen Ausführungen Selbstverständlichkeiten vorgebracht habe. Das soll mir sehr lieb sein. Dann würde ich mich über den Vorwurf, gegen ein Phantom gekämpft zu haben, gern damit trösten, dass es also nicht notwendig ist, den Begriff des *Internationalismus* irgendwo zu revidieren.

XX

HJALMAR BRANTING · DIE NATIONALE KRISE IN SKANDINAVIEN

SEIT der letzten, entscheidenden Wendung in dem langen Todeskampfe der schwedisch-norwegischen Union sind nun bald zwei Monate verstrichen, und noch liegt der Leichnam der Union da, noch wogen in Schweden die Stimmungen hin und her, noch ist der neue, selbständige norwegische Staat, obgleich *de facto* existierend, von Europa nicht anerkannt, wie auch die Frage, ob Norwegen sich endgültig als Monarchie oder Republik vorstellen wird, bis jetzt nur hypothetisch beantwortet werden kann. Es dürfte sich daher vielleicht empfehlen, die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* in den Wirren der schnell sich entwickelnden Ereignisse von einigen allgemeinen Gesichtspunkten aus etwas zu orientieren.

VORERST ein Rückblick auf die Tatsachen, die die Unionssprengung bedingt haben.

DAS Unionskönigtum hat am 27. Mai zum letztenmal leichtherzig sein verdientes Schicksal herausgefordert. Auf den einstimmigen Beschluss des Storthing, ein besonderes norwegisches Konsulatswesen einzurichten, antwortete der König gegen die energischsten Vorstellungen seines norwegischen Rates mit Sanktionsverweigerung. Formell unantastbar, war dieser Beschluss eine parlamentarische Ungeheuerlichkeit. Eine in Skandinavien bekannte historische Anekdote von der Seeschlacht bei Svoldern im Jahre 1000 zitierend, schrieb denn auch im schwedischen *Social-Demokraten* der Schreiber dieses: »Norwegen aus deinen Händen, mein König!« Am 7. Juni fiel schon der entscheidende Schlag: das Storthing erklärte, dass der König, der selber zugegeben hätte, eine Regierung momentan nicht bilden zu können, dadurch von seinen Funktionen zurückgetreten sei; mit der faktischen Amtsniederlegung des Königs sei auch die Union mit Schweden erloschen; das Storthing als nunmehr alleinige Vertreterin des norwegischen Volkes nehme selbst das Heft in die Hand, setze das demissionierende Ministerium als provisorische Regierung ein und — erlaube sich, den Exkönig zu ersuchen, dahin zu wirken, dass ein

Prinz seines Hauses die freigewordene norwegische Krone entgegennehme! Mit vollem Recht hat in jenen Tagen der *Vorwärts* diese norwegische Resolution als in ihrer Art alleinstehend bezeichnet. Aber die Verhältnisse, die die Entwicklung der Ereignisse bestimmt haben, waren auch ganz besondere.

MAN vergegenwärtige sich die Situation. Die Union von 1814 wurde seinerzeit dem norwegischen Volke aufgedrängt. Von *freier Vereinbarung* wurde zwar viel gesprochen, und die Selbständigkeit Norwegens wurde offiziell anerkannt, indes, die Vereinigung als eine feinere Art von Eroberung zu betrachten, wurde eine Vorstellung, welche in Schweden tiefe Wurzeln schlug. Auf der andern Seite wurde es das konstante nationale Programm des ganzen norwegischen Volkes, alles zu entfernen, was darauf hindeutete, dass Norwegen durch die Vereinigung mit Schweden etwas von der Souveränität eines selbständigen Staatswesens eingebüsst habe. Volle nationale Gleichberechtigung innerhalb der Union — sonst ausserhalb der selben: das wurde immer klarer die Lösung. Schritt für Schritt, immer im Kampfe gegen schwedischen Chauvinismus und gegen das mangelnde Verständnis unserer herrschenden Klassen für die nationalen und demokratischen Emanzipationsbedürfnisse des norwegischen Volkes, sind dann auch im vorigen Jahrhundert die meisten Provinzmerkmale abgestreift und ist gleichzeitig die demokratische Verfassung Norwegens im siegreichen Kampfe gegen die Bureaukratie und das Königtum ausgebaut und befestigt worden. Es fehlte nur noch die Krönung des Gebäudes: die Gleichberechtigung der beiden Nationen auch in den auswärtigen Angelegenheiten, die bisher von dem Minister Schwedens besorgt wurden. Diese zerfiel in die beiden Fragen der Neugestaltung des durch Tradition, aber nicht durch Übereinkunft unionellen Konsulatswesens und der Diplomatie. Von diesen wurde die erste aktuell, als 1903 der schwedische Minister des Auswärtigen, der frühere Gesandte in Berlin, Lagerheim, Verhandlungen mit der norwegischen Regierung anknüpfte, die dem alten norwegischen Wunsch, ein ganz selbständiges, eigenes Konsulatswesen zu bekommen, Rechnung zu tragen schienen. Die Vereinbarung schien im Frühling 1904 bereits gesichert, die Stimmung zwischen den beiden Völkern war eine freundschaftlichere, als seit Jahrzehnten — da wurde alles wieder durch reaktionäre Einflüsse in massgebenden schwedischen Kreisen durchkreuzt. Es ist noch nicht ganz klar, was die veränderte Haltung veranlasst hat, ob der König fürchtete, durch definitive Preisgebung des unionellen Konsulatswesens auf der schiefen Ebene der Auflösung zu weit gedrängt zu werden, ob die Regierung vor dem voraussichtlichen Widerstand der ersten Kammer zurückschreckte, oder ob sie vielleicht die ganze Frage früher nicht recht durchdacht hatte. Jedenfalls machte der Staatsminister Boström eine schroffe Schwenkung, Lagerheim wurde verabschiedet, und den norwegischen Ministern wurde statt der Übereinkunft eine ganze Reihe von neuen Forderungen vorgelegt, die von jenen nur schroff zurückgewiesen werden konnten. Im Januar 1905 waren die Verhandlungen definitiv gescheitert. Die reaktionären Organe der schwedischen Junkerkammer triumphierten, die radikale und sozialistische Presse griff Herrn Boström wegen seines Zerstörungswerkes zwar heftig an, ihre Parteien waren aber parlamentarisch zu schwach, um die Regierung wegen ihrer norwegischen Politik in Verlegenheit zu bringen.

DIE Rückwirkung des Misslingens der Vereinbarung war dagegen in Norwegen

eine ganz enorme. Hatte man doch so sicher geglaubt, jetzt würde endlich diese alte Streitfrage in Frieden gelöst werden. Die Enttäuschung wurde am tiefsten in den bisher am festesten unionell gesinnten Parteien, besonders von der Rechten, empfunden; in diesen Tagen löste sich die Union aus den letzten norwegischen Herzen. Die Erbitterung gegen Herrn Boström und alles, was schwedisch war, fand starken Ausdruck; musste doch eine solche hin- und herschwankende Politik, die nicht selbst weiss, was sie will, ganz selbstverständlich als treulos und wortbrüchig dem Partner erscheinen, der eben gehofft hatte, sein langersehntes Ziel zu erreichen. Die Gefühle der ganzen Nation, von der äussersten Rechten bis zur Sozialdemokratie, konzentrierten sich in dem festen Beschluss: jetzt müssen wir die Konsulatsfrage selbst lösen; sie ist uns eine nationale Ehrensache geworden, und wir haben das volle Recht, sie ganz in eigene Hände zu nehmen, denn die unionelle Übereinkunft, die Reichsakte, spricht mit keiner Silbe von unionellen Konsuln.

DAS die Stimmung, welche zu den letzten Ereignissen geführt hat. Das Verhandlungsministerium wurde durch ein mehr energisches Aktionsministerium Michelsen-Lövland ersetzt, und das Storting setzte eine Spezialkommission ein, um das Konsulatsgesetz auszuarbeiten und Einigkeit in den Details zu erzielen, wie man den sicher zu erwartenden Widerstand des Königtums am schnellsten beseitigen könne. Diese Massnahmen riefen endlich in den regierenden Kreisen Schwedens die Einsicht hervor, dass es vielleicht doch gefährlich werden könnte, wenn man die Norweger gar zu nonchalant behandelte. Der Kronprinz Gustav, der damals als Regent das Amt des Königs verwaltete, schlug in einem offenen Briefe neue Verhandlungen vor, die jetzt alle noch schwebenden unionellen Streitfragen umfassen und im Sinne der Gleichberechtigung eine Lösung finden sollten. Der Vorschlag wurde in Schweden als eine hochherzige und rettende Tat gepriesen, in Norwegen dagegen sogleich als ein Versuch, die sofortige Errichtung des norwegischen Konsulatswesens zu verhindern, demaskiert. Diese letzte Auslegung zeigte sich auch bald als die richtige; die schwedische Regierung, von der Herr Boström sich zwar zurückgezogen hatte, die aber ganz und gar die selbe Politik, die er geführt, fortsetzte, forderte die norwegische auf, in Verhandlungen einzutreten, die auch die Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens umfassen würden. Die norwegische Regierung lehnte es aber ab, noch einmal über dieses Thema mit den Schweden zu diskutieren; als Garantie, dass man diesmal schwedischerseits Ernst machte, forderte sie vielmehr, dass zuerst das norwegische Konsulatswesen von dem König sanktioniert werde, und noch dazu das Versprechen, dass, wenn eine Verständigung diesmal nicht erzielt werden könnte, man nicht mehr, wie immer früher, auf den *status quo* zurückkommen, sondern die Union als aufgelöst anerkennen würde. Hierüber grosse Entrüstung in schwedischen konservativen und chauvinistisch-liberalen Kreisen. Die schwedische Regierung antwortete kurzer Hand abweisend, dass von einer Verhandlung, die über den Rahmen der Union und der Reichsakte hinausgreife, ihrerseits gar nicht die Rede sein könne. Das war am 25. April. Sechs Wochen später existierte die Union nicht mehr. Jene verständnislose Abfertigung von seiten der schwedischen Regierung darf aber nicht vergessen werden, wenn man jetzt schwedischerseits die Norweger so heftig angreift, weil sie die Union einfach aufgelöst hätten, anstatt Verhandlungen über die Auflösung anzu-

knüpfen. Der erste Versuch, offiziell von einer Auflösung zu reden, fiel wirklich nicht besonders aufmunternd aus. So wenig kannte man in Schweden die wirkliche Stimmung und die feste Entschlossenheit der Norweger, dass man einen grossen Umschwung davon erwartete, dass der schwedische Reichstag seinerseits das Verhandlungsprogramm des Kronprinzen als sein eigenes aufnahm. Dies geschah übrigens nicht, wie man es gewünscht hatte, ohne Widerspruch. Sozialistische und radikale Redner sprachen es offen heraus, dass sie nur in dem Sinne für das Verhandlungsprogramm zu haben seien, dass die Konsulatsfrage, dem Wunsche ganz Norwegens gemäss, zuerst durch eine königliche Sanktion des voraussichtlichen Beschlusses des Storthings definitiv geregelt sei. Übrigens erklärten in jener Debatte auch die Redner der rechtsstehenden Parteien in feierlichen Worten, dass unter keinen Umständen der Friede gebrochen werden dürfte. Sie haben später diese Worte vergessen.

OHNE sich über die zu nichts verbindenden schwedischen Verhandlungsangebote weiter zu kümmern, schritt im Mai das Storthing zu definitiven Beschlüssen. Ein eigenes norwegisches Konsulatswesen solle vom 1. April 1906 ab errichtet werden: so lautete das einstimmige Votum der beiden Abteilungen des Storthings. Dass es so kommen musste, war in Skandinavien allen politisch Einsichtigen klar, nachdem Herr Boström die von Lagerheim begonnenen Verhandlungen so gewaltsam gesprengt hatte. Das norwegische Storthing konnte in diesem Punkte nicht nachgeben, ohne die Ansprüche des Landes auf sein volles Selbstbestimmungsrecht fallen zu lassen. Dessenungeachtet war die Möglichkeit einer ganz normalen Lösung der Krise gar nicht ausgeschlossen. Wenn der norwegische König den einstimmigen Beschluss des Storthings sanktionierte und dann Verhandlungen unter Bedingungen, die jeden Zweifel an deren Loyalität ausschlossen, zwischen seinen beiden Regierungen herbeigeführt hätte, so wäre alles wieder in Ordnung gebracht worden, und es hätte sich gezeigt, ob nicht doch zweckmässige Formen für ein unionelles Zusammenleben der beiden verwandten Nationen auf der skandinavischen Halbinsel zu finden waren. In Schweden war ausserhalb der engen Kreise der Anhänger der eigentlichen Politik der ersten Kammer gar keine allgemeine Stimmung für eine Sanktionsverweigerung. Von den eigentlichen Volksparteien wurde für die Sanktionierung als für etwas ganz Selbstverständliches plaidiert. Man konnte es in diesen Kreisen kaum glauben, dass der König, der inzwischen, die Regierung wieder übernommen hatte, ohne irgendwelche ernste Notwendigkeit einen so verhängnisvollen Konflikt heraufbeschwören würde.

ES kam indessen anders. Man versichert heute, dass der Kronprinz für die Sanktion gewesen sei, dass er jedoch seinen Willen gegen den König und seine Ratgeber nicht durchzusetzen vermocht habe. Ob diese nun absolut blind für die Konsequenzen eines Konflikts waren, ob sie glaubten, dass die Norweger nichts als Worte wagen würden, ob der alte König vielleicht Hoffnungen auf die persönliche Ehrerbietung setzte, die man ihm spendete, und deren Wirkungen überschätzte — aus irgendwelchen Gründen hat er sich jedenfalls entschieden, als König Norwegens auch diesmal nicht als Norweger, sondern als Schwede zu beschliessen, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es mit der schwedischen Vorstellung eines einheitlichen Staatenbundes sich nicht reimte, dass jeder Staat seine eigenen Konsulate im Auslande haben könnte. An Warnungen hat es jedoch wahrlich nicht gefehlt. Die norwegische Presse aller

Parteien war darüber im voraus einig, dass eine Sanktionsverweigerung gegen ein einstimmiges Parlament einen flagranten Bruch des Prinzips der Volkssouveränität, der ganzen demokratischen Entwicklung des vorigen Jahrhunderts bedeuten würde, einen Versuch, absolutistisch zu regieren, der dem Geiste der norwegischen Konstitution direkt zuwider ging. Der König besitze zwar ein suspensives Veto gegen neue Gesetze, er habe aber auch und in erster Linie die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass überhaupt eine Regierung zu stande käme. Beharre er darauf, Bedingungen zu stellen, die keine norwegische Partei, kein norwegischer Mann gutheissen könne, so setze er sich als König von Norwegen selber ausser Funktion, und das Storting müsse im Namen des Volkes dafür sorgen, dass der Staat sein Leben weiterführen könne. Noch im letzten Momente suchten die norwegischen Minister den König zurückzuhalten, indem sie ihm in deutlichen Worten sagten, er werfe durch seinen Beschluss selber die norwegische Krone fort. Alles vergebens; die Augen derer, denen der König traute, waren blind. Und nach elftägiger Frist, während welcher der König in Stockholm blieb und keinen Schritt tat, um eine Regierung zu stande zu bringen, hat dann das Storting am 7. Juni seine *Revolution* pünktlich in der Weise ausgeführt, wie man es im voraus angekündigt hatte. Im ganzen Norwegen hat sich keine Hand erhoben, um das morsche Gebäude der Union zu stützen. Dagegen hat man auf jede Weise dem Gefühl einer tiefen Erleichterung Ausdruck gegeben. Auch die kleine Minderheit, die einen langsameren Weg gewünscht hatte, feierte die Unionsspaltung als befreiende Tat. Sogar die Klassenunterschiede sind bei dieser Umwälzung in den Schatten getreten. Minister und Generäle haben den selben Willen ausgedrückt, wie die sozialistischen Arbeiter: los von einer Union, welche seit neunzig Jahren uns das volle Selbstbestimmungsrecht schmälert!

WUSSTE man es nicht schon aus den verschiedensten Erfahrungen, so hatte man in dieser Auflösung der schwedisch-norwegischen Union einen schlagenden Beweis der noch bestehenden Kraft eines nationalen Empfindens, wenn das selbe sich mit den freiheitlichen Idealen des Selbstbestimmungsrechts des Volkes verbindet. Die norwegische Nation, 1814 noch materiell arm und geistig wenig bedeutend, ist seitdem unter dem Schutze der Union in jeder Hinsicht rasch emporgestiegen. Schiffahrt, Handel und Industrie liefern die materielle Unterlage einer Kultur, deren Ruhm mit den grossen Dichtern über die Welt gegangen ist. Und dieses Volk, das so selbstsicher seine jungen Kräfte fühlt, das im Norden oft mit einer Mischung von Bewunderung und neidischer Ironie als *Vorgehvolk* gefeiert worden ist, das könnte dem Ausland gegenüber nur durch einen schwedischen Minister verhandeln und musste als nationale Spitze vom Nachbarlande von Zeit zu Zeit einen König leihen, der ganz natürlich niemals als Norweger fühlen und denken konnte, wenn er auch sich ganz ehrlich der unlöslichen Aufgabe, von zwei Vaterländern keines zurückzustellen, widmen wollte. Die Norweger werden jetzt der Undankbarkeit gegenüber der Union von vielen Schweden angeklagt. Mit dem selben Recht könnte man das Küchlein undankbar schimpfen, weil es nicht ruhig im Ei bleibt, sondern die Schale durchbricht. Hätten schon allgemein nationale Rücksichten die Auflösung der alten skandinavischen Union in absehbarer Zeit veranlasst, so ist in Norwegen die *Los von Schweden*-Bewegung durch die Verschiedenheit der inneren Entwicklung der beiden Nationen sehr beschleunigt worden. Die nationalen Inter-

essen haben mit der sozialen Struktur des norwegischen Volkes, die mit der des schweizerischen viele Ähnlichkeit bietet, zusammengewirkt, aus dem altväterlichen Bauern- und Fischervolke eine moderne Demokratie zu schaffen. In Schweden dagegen wird die Demokratisierung erst die Aufgabe der ganz neu emporgewachsenen Klasse der industriellen Arbeiterschaft werden. Noch sind zwei Drittel der männlichen Bevölkerung bei uns vom politischen Stimmrecht ausgeschlossen, das kommunale Stimmrecht ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, ein Hohn auf die sogenannte *Selbstverwaltung*, die in Wirklichkeit die unumschränkte Herrschaft des Besitzes, vor allem des grossen Besitzes ist, und als Landesausschuss der Grossmächtigen in den Kommunen fungiert eine erste Kammer, deren Macht auch in Budgetfragen fast die gleiche ist, wie die der zweiten Kammer, und deren übergrosse Mehrheit als ein kompakter Block seit Jahrzehnten die von der schnellen sozialen Entwicklung bedingte Demokratisierung unserer Institutionen gehemmt hat. Die Bureaukratie, das alte Junkertum, die neuen grossindustriellen Magnaten und die Grossbauern teilen unter einander die politische Herrschaft, die Bourgeoisie bereichert sich, und die eigentlichen Volkselemente der Nation sind froh, wenn sie die schlimmsten Auswüchse der Reaktion, wie zum Beispiel eben ein Streikgesetz vom Typus *Zuchthausvorlage*, verhindern können. Wäre die Demokratie in Schweden zur Herrschaft gelangt, so ist es wohl möglich, dass die Unionskrise einen anderen Verlauf genommen hätte. Zwischen den Demokraten der beiden Länder und ganz besonders natürlich zwischen den Sozialdemokraten hat man sich immer gut verständigt. Die letzte Konfliktszeit hat sogar eine demonstrative Stärkung der freundlichen und brüderlichen Beziehungen der Arbeiter beider Länder gebracht. Der sozialdemokratische Parteitag in Stockholm im Februar dieses Jahres gab den norwegischen Delegierten das feierliche Versprechen, das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes ohne jede Einschränkung anzuerkennen und alle Konsequenzen für das zukünftige Verhalten der schwedischen Arbeiter daraus zu ziehen. Dies geschah zur selben Zeit, als norwegische Turner, norwegische Schützen, ja sogar norwegische Priester sich weigerten, ihre Berufskollegen in Schweden zu besuchen! Die echte internationale, brüderliche Gesinnung der Sozialdemokratie, die aller Völker Freiheit und Recht achtet, hat sich also schon bei Beginn der Krise aktiv gezeigt. Mehr konnte aber durch solche Anerkennungen unter den obwaltenden Verhältnissen nicht kommen, als die gewiss sehr wertvolle Einsicht in Norwegen, dass das schwedische Volk und das offizielle Schweden durchaus verschiedene Grössen seien. Diese Einsicht wird hoffentlich verhindern, dass aus der jetzigen Krise ein wirklicher Nationalhass entspringt.

WAR die norwegische Demokratie selbstverständlich damit einverstanden, die schwedischen Machthaber, die feindlichen sozialen Schichten angehören, durch einen raschen Schnitt gänzlich los zu werden, so wirkten bei den oberen Klassen Norwegens andere Rücksichten zu dem selben Ziele. Die endgültige Lösung der nationalen Frage war eben ein Lebensbedürfnis für die norwegische immer mehr kapitalistisch angehauchte Rechte geworden. Der Vereinigung von Nationalismus und Demokratie in der Partei der alten Linken war sie immer unterlegen, nur wenn sie selbst zeigte, dass sie ebensogut die nationalen Interessen vertreten könne, war der Rechten die Herrschaft bis auf weiteres möglich. So nahm die Rechte die Durchführung der nationalen Gleichberechtigung in ihr

Programm auf. Jetzt musste sie vorwärts, wollte sie nicht bei den Wahlen ganz weggefegt werden. Die Rechte, oder sagen wir genauer: der kapitalistische Liberalismus übernahm sogar die Führung in der momentanen nationalen Sammlung; der Staatsminister Michelsen ist ganz ein Mann jener Partei. Wenn der König die letzte Möglichkeit einer neuen Übereinkunft wegwurf, so gab es auch für eine kapitalistische Partei in Norwegen, die ihre nationalen Wurzeln behalten wollte, nur einen Weg: weiter vorwärts, zur Absetzung des Königs, um die hemmende Union los zu werden!

SO ist es gekommen, dass für einen Augenblick alle Parteien und Klassen in Norwegen sich einten, um eine nationale Tat durchzuführen. Den Arbeitern war die selbe eine Garantie grösserer Freiheit und zugleich ein Abschütteln jeder möglichen Einmischung sozialer Feinde aus Schweden. Der emporstrebenden Bourgeoisie bot sie die Befestigung ihrer jetzigen Herrschaft, mit oder ohne monarchische Spitze. Die Bauern, deren Interessen zwischen den beiden schwanken, können nach Belieben sich für die eine oder andere Aussicht erwärmen; weil ihr Klassenvorteil in der Revolution nicht direkt engagiert ist, wird wohl von jener Seite der Anschluss etwas lau sein, obgleich andererseits zu einer Gegenaktion in irgend welcher Form absolut keine Veranlassung vorliegt.

DASS eine solche Einigkeit eines Volkes nur für den Moment zu erzielen ist, darüber kann besonders ein Sozialist nicht in Zweifel sein. Sind doch die Klassengegensätze auch in einem Lande, wie Norwegen, viel zu ausgeprägt, um die erhabene Stimmung der Einigkeit, die aller Welt mit vollstem Recht imponiert hat, für eine längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die Wirkung ideologischer Momente für die Erhaltung der nationalen Einigkeit, wenigstens bis jede Gefahr für die neuerworbene Selbständigkeit vorüber ist, soll man jedoch auch nicht unterschätzen. Allzu viele Beweise von vaterländischer, ehrlicher Opferfreudigkeit, ohne alle Ruhmredigkeit, werden aus dem täglichen Leben in Norwegen während der ersten kritischen Zeit berichtet, um übersehen zu werden. Was jetzt die Fortsetzung oder das schnelle Zurückweichen jener Einigkeitstimmung in Norwegen am meisten beeinflussen wird, das wird das Verhalten Schwedens sein.

IN Schweden hat das grosse Publikum offenbar keine Ahnung davon gehabt, dass es diesmal sich um ernstere Ereignisse handeln könne, als den gewöhnlichen *norwegischen Lärm*, dessen unsere Philister um so mehr herzlich müde waren, je weniger sie von dessen formellen oder gar tieferen Ursachen nur das elementarste Verständnis besassen. Das erste Gefühl unter den besitzenden und führenden Klassen Schwedens nach dem 7. Juni war daher das einer enormen Überraschung, die jedoch bald der psychologisch erklärlichen, aber nicht sehr weit-sichtigen Erbitterung unangenehm überraschter Menschen Platz machte. Während der *Social-Demokraten* das freie norwegische Volk bruderlich dazu beglückwünschte, dass es sein Schicksal jetzt in die eigenen Hände genommen, und die feste Völkerunion der Arbeiter aller drei skandinavischen Länder gegenüber der eben gefallenen königlichen Zwangsunion betonte, erhitzten sich die bürgerlichen Gemüter immer mehr. Die verdammten Norweger, sie haben es gewagt, ihren König, u n s e r n König abzusetzen! Die Union — mag sein, auch wir sind ihrer herzlich müde; aber den König absetzen, das war den tief loyalen Gefühlen des schwedischen Bürger- und Beamtentums ganz schrecklich;

diese Leute haben es längst vergessen, dass 1792 ein schwedischer König erschossen und 1809 sein Nachfolger abgesetzt wurde. Nach der ersten Betäubung sammelte sich denn auch alles, was in Schweden *loyal* denkt oder vielmehr gar nicht denkt, sondern instinktiv fühlt, in der etwas unbestimmten Losung *Es lebe der König!* Ein grosse *Volksdemonstration*, in der nur wenige Arbeiter, aber um so mehr die oberen Schichten bis auf das Kleinbürgertum herab aufmarschierten; man zog am 9. Juni nach Rosendal, wo man dem Könige und seiner ganzen Familie als Trost in schweren Zeiten unendlich viele Hurras spendete. Daneben wurde eine Hochflut von Sympathietelegrammen aus den oberen Zehntausend im ganzen Lande deponiert, und in den Café-Konzerten von Stockholm gingen die nationalistischen Hurratrioten mit Schimpfereien und Tätlichkeiten gegen alle nicht demonstrativ königstreuen Bürger vor. Der König und seine schwedische Regierung beeilten sich unterdes, feierliche Proteste gegen die Ereignisse in Norwegen zu veröffentlichen; sie erklärten, die neue norwegische Exekutivgewalt nicht anzuerkennen, sprachen bittere Worte von *tiefster Kränkung der Rechte Schwedens* durch das Storting und beriefen den Reichstag für den 20. Juni zu einer ausserordentlichen Session ein. Das alles schien ja ziemlich drohend, und so hat denn die Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstands es für ihre Pflicht gehalten, die Arbeiter Schwedens gegen den immer frecher sich gebärdenden Chauvinismus zum Widerstand aufzurufen. Ein Manifest wurde veröffentlicht, das die Arbeiter in ganz Schweden zu Kundgebungen für den Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes, gemäss den Versprechungen des Parteitages, aufforderte. Die *Patrioten* schäumten vor Wut, aber die Arbeiter haben mutig ihren Mann gestellt. Schon am 16. Juni fand in Stockholm die erste grosse Demonstration für unbedingt friedliche Abwicklung der Krise und für baldmöglichste offizielle Anerkennung des neuen Norwegens statt. Von der klassischen Stätte des Stockholmer Volksmeetings, wo Schreiber dieses die Rede hielt, zogen etwa 12 000 Arbeiter in bester Ordnung durch die Strassen der schwedischen Hauptstadt bis zu unserem prächtigen Volkshause, wo die feurige norwegische Nationalhymne, Björnsons Lied, mit Arbeiterliedern abwechselte. Und wie in Stockholm, so wurde überall der Mahnung gefolgt. In Göteborg sprach unter anderm von der sozialdemokratischen Rednertribüne herab für Frieden und Gerechtigkeit die auch in Deutschland sehr bekannte Schriftstellerin Ellen Key. WENN die Arbeiter in jenen heissen Tagen durch den chauvinistischen Presselärm über den angeblichen *Schimpf*, den Norwegen Schweden angetan, hier oder da etwas unsicher gemacht worden wären, so halfen unsere Grossindustriellen redlich dazu, jede Möglichkeit eines nationalen Zusammenschlusses, wie er in Norwegen da war, für Schweden zu vereiteln. Zur selben Zeit, wie die Unionskrise, am 10. Juni, setzte die grösste Aussperrung ein, die wir bisher in Schweden gekannt haben. Die Besitzer unserer mechanischen Werkstätten, in einem mächtigen Verband stramm organisiert, haben ihre organisierten Arbeiter, etwa 18 000 Eisenarbeiter, Schmiede, Former, Holzarbeiter u. s. w., nach zweijährigen resultatlosen Verhandlungen auf die Strasse geworfen, weil die Arbeiter endlich *from sounde to things* kommen wollten und halbwegs anständige Minimallohne forderten. Alle Vermittlungsversuche, zuletzt sogar die der Regierung, waren schon von den Industriearistokraten schroff zurückgewiesen worden. Da kam die Loslösung Norwegens, und da dachten

einige der *Patrioten* denn doch, dass in solchen Zeiten eine Riesenaussperrung allzu schlimm von der unheilvollen Zersplitterung im schwedischen Volke zeugen würde. Ein paar Redakteure spielten sich als Vermittler auf, die grössten nationalen Trommeln wurden gerührt — aber in Geldsachen hört bekanntlich die bourgeoise Gemütlichkeit auf, und der Vorstand der Eisenindustriellen gab den ungebetenen Vermittlern mit klaren Worten zu verstehen, dass sie für die Zukunft sich lieber nicht in Angelegenheiten anderer einmischen sollten. Es ist klar, dass für die Arbeiter jene drastische Probe von dem wirklichen Gehalte des offiziellen *Patriotismus* nicht verloren gegangen ist. Und die Klasse, welche solche Beispiele gibt, lässt ihren Pressepöbel über die Arbeiterpolitik für Frieden und Gerechtigkeit herfallen und schimpft, wie es nur Nationalisten können, über die *vaterlandslosen Gesellen*, die Sozialisten!

DIE Schimpferei gegen die Arbeiter sollte indessen bald eine ganz andere, unerwartete Adresse bekommen. Als der Reichstag zusammentrat, überraschte der König alle Welt durch eine absolut friedliche Thronrede. Er wolle, sagte er, »Unrecht nicht mit Machtmitteln begegnen«, und seinem schwedischen Volke riet er, »kluge Selbstbeherrschung« zu zeigen. Die Regierung schlug vor, die Trennung unter gewissen Bedingungen, in erster Linie einem Schiedsgerichtsvertrag mit Norwegen, gutzuheissen; die Details seien mit dem Storting näher zu verhandeln. Das war nun gerade das Gegenteil dessen, was die Hurratrioten so sicher erwartet hatten. Der König, statt mit Mobilisierung und Krieg zu drohen, akzeptierte ja fast die Anschauung der schwedischen Arbeiter, jener Verruchten! Die Enttäuschung und die Wut in nationalistischen Kreisen war enorm; des Anstandes halber musste man sich jedoch damit begnügen, dem Könige gegenüber, den man eben so kriechend gefeiert hatte, mit allerlei Anspielungen auf Altersschwäche, Familienrück-sichten und dergleichen vorzugehen. Gegen die Regierung, die wirklich nicht allzu stark war, die im Kampfe für die Interessen der Reaktion gegen die Demokratie sich zwei flagrante Niederlagen in der zweiten Kammer geholt hatte, warf sich um so ungestümer die nationalistische Erbitterung. Besonders in der ersten Kammer wüteten die Junker, und die Hetzpresse forderte jeden Tag die Demission der Regierung, die eine Schande für die Ehre und Würde Schwedens wäre. Den ersten Ansturm hat jedoch die Regierung ziemlich gut bestanden, und den etwas besonnenen Elementen des Reichstages ist es gelungen, die Kommission, welche die brennenden Fragen zunächst prüfen wird, wenigstens nicht ganz im nationalistischen Sinne zusammensetzen zu lassen. Die Wirkung der fortgesetzten Presskampagne gegen die Regierung und für verletzende *Bedingungen* einer Anerkennung der Trennung, die auch, soweit es nur möglich wäre, aufgehoben werden sollte, eine Kampagne, die mit besonderer Heftigkeit von einigen bisher als *liberal* geltenden grossen Zeitungen geführt wird, lässt sich indessen noch nicht beurteilen. Das heutige Schweden bietet das ungewöhnliche Schauspiel einer Bourgeoisie, die mehr oder weniger von kriegerischem Chauvinismus gegen die, vermeintlich schwachen, westlichen Nachbarn angesteckt ist, während die Krone, die wohl die Gesinnung von international bestimmenden Kreisen kennen muss, und die Arbeiter zusammen den Frieden wahren. Das ist nicht ganz nach dem alten demokratischen Katechismus, nach dem die Völker immer nur von den bösen Königen zur Schlachtbank geführt werden, aber es ist so heute bei uns in Schweden.

